“Bank des interkulturellen Dialogs” in Krakau

2025-10-14

Am 25. September traf sich der Präsident der Stadt Krakau, Aleksander Miszalski, im Multikulturellen Zentrum im Stadtteil Zabłocie mit ausländischen Einwohnern unserer Stadt sowie Vertretern von Organisationen, die nationale Minderheiten unterstützen. An dem Treffen nahmen auch die stellvertretende Stadtpräsidentin Maria Klaman und Adam Spyra, Direktor der Abteilung für Ausländerangelegenheiten im Woiwodschaftsamt von Kleinpolen, teil.

Dies war die zweite Ausgabe des Formats „Bank des interkulturellen Dialogs“. Das erste Treffen war der ukrainischen Gemeinschaft gewidmet, der größten Minderheitengruppe in Krakau.

In seiner Eröffnungsrede betonte Präsident Miszalski, dass Krakau als Hauptstadt Kleinpolens eine multikulturelle, offene und sichere Stadt sei, in der alle willkommen sind. Er hob hervor, dass das florierende Multikulturelle Zentrum sowie das Programm „Offenes Krakau“ Belege für das Engagement der Stadt in Sachen Vielfalt und Integration sind.

Während der anschließenden Diskussion stellten die Teilnehmenden Fragen und brachten Vorschläge zu Themen wie Bildung, städtische Infrastruktur und Gesundheitswesen ein. Einige der angesprochenen Themen erfordern eine Abstimmung mit staatlichen Behörden, da die Stadt beispielsweise keine direkte Aufsicht über Krankenhaus-Notaufnahmen oder die Polizei hat. Um größtmögliche Inklusivität zu gewährleisten, konnten Fragen auch per E-Mail eingereicht werden, mit der Zusicherung, dass alle Anliegen beantwortet werden.

Präsident Miszalski und die stellvertretende Stadtpräsidentin Klaman ermutigten die Teilnehmenden, ihre Wünsche und Ideen beim Krakauer Kontaktzentrum einzubringen und das vielfältige Angebot des Multikulturellen Zentrums, das der internationalen Gemeinschaft in Krakau zur Verfügung steht, zu nutzen.

Das Treffen wurde von vielen Ausländerinnen und Ausländern besucht, darunter auch langjährig ansässige Familien. Sie lobten Krakau als einen großartigen Lebensort und würdigten die Initiative „Bank des interkulturellen Dialogs“, durch die sie sich von der Stadtverwaltung anerkannt fühlen und zuversichtlich sind, dass ihre Anliegen Gehör finden. Der Vorschlag des Präsidenten, diese Treffen fortzuführen, stieß auf große Zustimmung.